

(A)

(C)

140. Sitzung

Berlin, Freitag, den 11. November 2011

Beginn: 9.01 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

sowie der Abgeordneten Dr. Volker Wissing, Dr. Hermann Otto Solms, Björn Sänger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Ratingagenturen besser regulieren

– Drucksache 17/7638 –

ZP 9 Beratung des Antrags der Fraktion der SPD

Neuer Anlauf zur Finanzmarktregulierung erforderlich

– Drucksache 17/7641 –

ZP 10 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Schick, Fritz Kuhn, Dr. Thomas Gambke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einsetzung einer Kommission des Deutschen Bundestages zur Regulierung der Großbanken

– Drucksachen 17/7359, 17/7665 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Björn Sänger
Dr. Gerhard Schick

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 75 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Also verfahren wir so.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst der Kollege Flosbach für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten drei, vier Jahren drei Krisen nacheinander erlebt: zunächst eine Bankenkrise, dann eine Weltwirtschaftskrise und anschließend eine Staatsschuldenkrise. Wir können heute im Jahr 2011 festhalten: Wir sind froh darüber, dass wir diese Bundesregierung haben, die mit weiteren Stabilitätsmaßnahmen entschlossen diese Krise angeht. Sie wird zwar nicht von der Opposition, aber von ausländischen Besuchern immer

(B)

(D)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 28 sowie die Zusatzpunkte 8 bis 10 auf:

28 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Effektive Regulierung der Finanzmärkte nach der Finanzkrise

– Drucksachen 17/6313, 17/7250 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Ralph Brinkhaus
Dr. Carsten Sieling
Björn Sänger

ZP 8 Beratung des Antrags der Abgeordneten Klaus-Peter Flosbach, Dr. Michael Meister, Peter Altmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Klaus-Peter Flosbach

- (A) wieder als *der* Stabilitätsanker, als *die* Stabilitätsgarantie in Europa angesehen. Deswegen ein Dank an die Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das war nicht immer so. Gerade in den Jahren von 2002 bis 2005 wurde Deutschland gemeinsam mit Frankreich immer als Defizitsünder bezeichnet. Damals wurde vier Jahre in Folge der Stabilitätspakt gebrochen; das ist nach wie vor verheerend. Die heutige Staatsschuldenkrise ist nicht denkbar ohne das Verhalten von Rot-Grün in jenen Jahren. Das wird Ihnen noch lange anhängen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

2005 ist Angela Merkel Bundeskanzlerin geworden. Gemeinsam mit dem damaligen Koalitionspartner SPD wurde geplant, dass bis 2010/2011 ein Haushaltsausgleich erfolgen soll. Das war der richtige Weg. Dann kam es im Jahr 2007 zur Schiefelage der IKB, der Industriekreditbank; ein Jahr später wurde durch den Zusammenbruch von Lehman Brothers eine Finanzkrise ausgelöst, die alle Kräfte gefordert hat. An den Märkten wurden immer größere Risiken eingegangen. Es wurde nicht mehr nachhaltig finanziert. Kurzfristige und langfristige Finanzierungen wurden gegeneinander ausgetauscht, und damit wurden enorme Risiken ausgelöst. Gerade der Handel mit Wertpapieren hat zu der Erkenntnis geführt, dass nicht länger von nachhaltigen Wertpapieren gesprochen werden konnte, sondern von Schrottpapieren gesprochen werden musste. Dabei denke ich an die Hypo Real Estate und auch an die Landesbanken.

(B)

Vor zwei Jahren ist die christliche und liberale Koalition an die Regierung gekommen.

(Lachen bei der SPD – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das muss ihm erstmal einfallen, dass es christlich-liberal heißt!)

Seitdem halten wir an dem Grundsatz fest, dass kein Markt, kein Produkt und auch kein Akteur unreguliert an den Finanzmärkten agieren soll. Was wir in diesen zwei Jahren erreicht haben, ist deutlich mehr als das, was die SPD unter Führung eines SPD-Finanzministers in elf Jahren erreicht hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der SPD: Das ist ja ein Witz!)

Gestern hat die Bundesbank ihren Stabilitätsbericht vorgelegt. Darin hat sie deutlich gemacht, dass die Schuldenbremse eines der entscheidenden Merkmale ist, das – nachdem es in Deutschland etabliert wurde – auch in anderen europäischen Ländern eingeführt werden muss.

Seit Beginn der Finanzkrise haben wir immer einen besonders hohen Wert auf eine nachhaltige Eigenkapitalunterlegung bei Banken gelegt. Eigenkapital ist das wichtigste Instrument, um Verluste auszugleichen und um widerstandsfähig zu sein. Sowohl der Euro-Gipfel als auch der Europäische Rat haben deutlich gemacht, dass die 100 größten europäischen Banken – darunter die 13 größten deutschen Banken – deutlich intensiver mit

(C) Eigenkapital unterlegt werden müssen. Die Bundesbank hat gestern festgehalten, dass die Eigenkapitalquote der 13 größten deutschen Banken von 2008 bis 2011 von 8,1 Prozent auf 13,1 Prozent angehoben wurde. Auch der Gipfel in Cannes in der letzten Woche hat noch einmal deutlich gemacht, dass die großen systemischen Banken deutlich mehr Eigenkapital unterlegen müssen. Man fordert zusätzlich 1,5 Prozentpunkte Kernkapital. Das ist wichtig; denn es ist von entscheidender Bedeutung für die Stabilisierung der Finanzmärkte.

Dennoch wissen wir natürlich nicht, was in den nächsten Jahren auf uns zukommen wird. Wir können nicht in die Zukunft blicken. Die Koalition war jedoch in Europa wegweisend auf dem Gebiet der Abwicklung oder Restrukturierung von Banken, die in Schiefelage geraten. Dazu haben wir das sogenannte Restrukturierungsgesetz umgesetzt. Das heißt: Wir können Banken umbauen, wir können sie retten, aber wir können sie auch abwickeln. Wichtig ist, dass die Aufsicht deutlich mehr Eingriffsrechte erhält. Auch hier sind wir mit dieser Koalition in Europa wieder führend, wenn es darum geht, die Umsetzung dieser Maßnahme auch von den anderen Ländern zu fordern.

Wir beschäftigen uns seit einigen Jahren sehr intensiv mit den Aufsichtssystemen. Es gibt inzwischen ein neues europäisches Aufsichtssystem, nämlich einen Ausschuss für Systemrisiken. Auch die Bereiche Banken, Versicherungen und Wertpapiere stehen unter einer anderen Form der Beobachtung.

(D) Im Bereich der Ratingagenturen haben wir über die europäische Wertpapieraufsichtsbehörde erstmals eine Kontrolle eingeführt. Am Montag fand ein Finanzkongress zum Thema Ratingagenturen statt. Herr Sanio als Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat deutlich gemacht, dass es hier nach wie vor zu wenig Regulierung gibt. Wenn wir weltweit nur drei große Ratingagenturen haben, dann müssen sie genauso wie die großen systemischen Banken behandelt werden und einer deutlich schärferen Kontrolle unterliegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

In der letzten Nacht haben wir einen Skandal erlebt: Standard & Poor's hat Frankreich aufgrund eines Irrtums, wie es heißt, für zwei Stunden herabgestuft, natürlich gefolgt von den entsprechenden Verwerfungen an den Märkten. Wir von der Union und auch von der Koalition haben deutlich gemacht, dass wir in diesem Bereich eine deutliche Verschärfung brauchen. Wir brauchen ein größeres internes Rating bei den Banken, nicht nur das externe Rating der Ratingagenturen. Wir sollten uns auch intensiv mit dem Thema der Haftung von Ratingagenturen beschäftigen. Im geschilderten Fall ist grob fahrlässig gehandelt worden. Wir brauchen bei grob fahrlässigem Verhalten oder bei Vorsatz der Ratingagenturen eine klare Haftung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es wird gerne argumentiert, dass viele Probleme eigentlich nur international zu lösen sind. Aber ich denke,

Klaus-Peter Flosbach

- (A) wer hier in Europa am Finanzmarkt tätig werden will, der muss sich an die europäischen Regeln halten; wer hier in Deutschland tätig werden will, der muss sich an die deutschen Regeln halten. Wir sind kritisiert und teilweise belächelt worden, als wir das Verbot ungedeckter Leerverkäufe durchgesetzt haben. Es hat für kurze Zeit auch unter dem SPD-Finanzminister ein Verbot ungedeckter Leerverkäufe gegeben; aber wir sind weiter gegangen: Wir haben ein Verbot des Handels mit ungedeckten Leerverkäufen ausgesprochen – hochspekulative Wetten auf fallende Kurse von Wertpapieren, ohne dass sie im Eigentum sind –, und zwar nicht nur bei Aktien, sondern auch bei Staatsanleihen und Kreditversicherungen. Auch das war ein Alleingang von uns; aber wir sind sehr froh, dass der Europäische Rat, die Europäische Kommission und auch das Europäische Parlament dies inzwischen übernommen haben. Ich kann nur sagen: Hier sieht man deutlich, wie viel Mut und Weitsicht diese Bundesregierung gezeigt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir können eine ganze Liste weiterer regulierender Maßnahmen ansprechen, die in der Zwischenzeit ergriffen worden sind, ob es die Durchsetzung transparenter Vergütungssysteme und einer langfristigen Ausrichtung der Vergütungen bei Finanzinstituten oder die Einführung eines Selbstbehalts der Banken von 5 Prozent oder demnächst 10 Prozent bei Verbriefungen, beim Weiterverkauf von Krediten, ist. Wir haben beim Anlegerschutz – mit dem Anleger-schutzverbesserungsgesetz – und auch bei den Finanzvermittlern und den Vermögensanlagen deutliche Verschärfungen durchgeführt. Mein Kollege Brinkhaus bezeichnet das, was wir hier durchgeführt haben, immer als „Quantensprung im Verbraucherschutz“.

(B)

Dennoch wird es wichtig sein, auf internationaler Ebene sehr intensiv zusammenzuarbeiten. Das größte Problem – das ist auch in Cannes deutlich geworden – sind die Schattenbanken, der unregulierte Bereich am Finanzmarkt. Es heißt, in Deutschland seien etwa 10 Prozent des Finanzmarktes unreguliert. Hier werden wir in wenigen Wochen mit dem Gesetz gegen die Geldwäsche einen weiteren entscheidenden Schritt tun. Es ist aber auch sehr wichtig, dass wir die anderen Länder betrachten. Beispielsweise spricht man im Falle der USA von einem unregulierten Markt, der größer ist als der regulierte Markt.

Wir müssen sehen, was wir kurzfristig in Europa zu erledigen haben. Der wichtigste Punkt ist meines Erachtens der außerbörsliche Derivatehandel, der auf die Plattformen der Börsen gebracht werden muss.

Wir sollten bei all diesen Maßnahmen immer beachten: Was muten wir dem regulierten Markt zu? Was muten wir den anderen zu? Der regulierte Markt, gerade der Bankenbereich, wird jetzt durch die höheren Eigenkapitalforderungen belastet; das brauchen wir aber. Wir belasten die Banken auch mit der Bankenabgabe. Wir stehen zur Finanztransaktionsteuer, die wir umsetzen wollen, auch wenn es hier noch Widerstände gibt,

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Bei der FDP gibt's die!) (C)

nicht nur im internationalen Bereich – ich denke an die USA und Großbritannien –, sondern auch in anderen europäischen Staaten wie beispielsweise den Niederlanden.

Frau Lautenschläger-Peiter hat gestern in einer Pressemitteilung geäußert, dass sie keinerlei Hoffnung hat, dass ein Trennbankensystem in Deutschland irgendein Problem lösen werde.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege!

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU):

Ich komme zum Ende, Herr Präsident. – Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, nicht mit der Holzhammermethode an dieses Thema heranzugehen.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Aber auch nicht mit Wattebäuschen!)

Wir werden sicherlich viele Ihrer angesprochenen Fragen aufgreifen. Aber Ihr heutiger Antrag enthält im Wesentlichen die Maßnahmen, die wir in den letzten zwei Jahren umgesetzt haben,

(Peer Steinbrück [SPD]: So ein Unsinn!)

die wir auf der Tagesordnung haben und die derzeit auf den internationalen Konferenzen gemeinsam behandelt werden.

(D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Peer Steinbrück ist der nächste Redner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Peer Steinbrück (SPD):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es mutete rührend bis hilflos an, Herr Flosbach, wie Sie hier versucht haben, Geschichtsklitterung zu betreiben. Es war eine rot-grüne Bundesregierung, die als erste in den internationalen Gremien das Thema der Finanzmarktregulierung aufgegriffen hat, vor allen Dingen in Gleneagles.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Sie waren ja Finanzminister! Das mussten Sie doch auch! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Mein Gott, was sind Sie überheblich!)

Es war eine Große Koalition, die dieses Thema sehr viel ehrgeiziger, insbesondere während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und der G-7-Präsidentschaft, vorangetrieben hat. Demgegenüber nimmt sich die Bilanz Ihrer Koalition in den letzten zwei Jahren ziemlich dünn aus – das war wenig ehrgeizig.

Peer Steinbrück

- (A) (Beifall bei der SPD – Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Dann listen Sie mal auf! Listen Sie mal auf – von elf Jahren SPD!)

Der Antrag, den Sie vorgelegt haben, lässt sich an Inhaltslosigkeit nicht übertreffen. Er steht in absolutem Gegensatz zu dem Selbstlob, das Sie hier verteilt haben.

(Zuruf von der FDP: Wie oft haben Sie diese Rede schon gehalten?)

Wenn ich Ihren Antrag lese, komme ich zu dem Schluss, dass er dem Muster folgt: Eine gute Grundlage ist die beste Voraussetzung für eine solide Basis. – Das ist alles, was Sie sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Ihr Antrag ist ein Plagiat von unserem!)

Jede Übertreibung, jeder Exzess, jede Maßlosigkeit schafft sich eine Gegenbewegung. Diese Gegenbewegung können wir zunehmend öffentlich durch die derzeitigen Demonstrationen beobachten. Diese Gegenbewegung, diese Demonstrationen sind die Reaktion darauf, dass die Zustände auf den Finanzmärkten Exzesse hervorgebracht und viele Gesellschaften sowie viele Länder an den Abgrund herangeführt haben. Diese Gegenbewegung, diese Demonstrationen vieler Menschen sowie ihre Nervosität und Unruhe sind Belege dafür, dass sie Vertrauen in die Gestaltungs- und Steuerungsfähigkeit von Politik verloren haben. Deshalb ist das Thema der Finanzmarktregulierung so bedeutend, nämlich zunächst, um den Gestaltungsanspruch für die Politik zurückzugewinnen und damit wieder Vertrauen bei den Menschen zu gewinnen. Über diesen gesellschaftlich-politischen Stellenwert hinaus hat es auch einen ökonomisch-finanziellen; denn mit Blick auf den jetzigen Stand der Finanzmarktregulierung sage ich Ihnen voraus, dass eine Wiederholung dieser Exzesse überhaupt nicht ausgeschlossen ist.

(B)

Das Paradigma der Deregulierung ist gescheitert. Mindestens eine Fraktion sitzt in diesem Saal, die dem Paradigma der Deregulierung in ordnungspolitischer Versessenheit gefolgt ist: die FDP.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Sie haben sie doch umgesetzt! – Dr. Michael Meister [CDU/CSU]: Sehr späte Einsicht!)

Sie haben die Monstranz der Deregulierung, der Entfesselung der Märkte und der Marktradikalität – der Markt wird alles richten – vor sich hergetragen; dies hat zu einem Exzess geführt. Sie haben alle Gesetze abgelehnt, die mein Vorgänger zur Finanzmarktregulierung eingebracht hat – und zwar nicht, weil Ihnen dies zu wenig Regulierung gewesen ist, sondern Sie haben all diese Gesetze abgelehnt, weil Ihnen dies zu viel Regulierung gewesen ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben mich noch kritisiert, als ich auf der Regierungsbank saß – auch bei den jüngsten Maßnahmen, als es zum Beispiel um die Real Estate Investment Trusts ging, also um die Zuführung von Immobilien zur Tätigkeit von Investoren. Sie haben mich kritisiert, weil ich die Wohnimmobilien ausgenommen und dies nur auf die Gewerbeimmobilien bezogen habe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ihre Vorstellung eines Ordnungsmodells ist spätestens durch diese Finanzkrise massiv gescheitert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie sich jetzt als Sachwalter der Finanzmarktregulierung aufspielen, ist, höflich gesprochen, eine ziemliche Chuzpe. Mit härteren politischen Bandagen ausgedrückt: Es ist eine nackte Unverschämtheit.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Festzustellen, dass etwas zu dieser Finanzmarktkrise geführt hat, das auch staatlich induziert war und über ein politisches Versagen führte, nämlich die Verschuldung von Staaten, ist richtig. Die Verschuldungskrise hat übrigens vor der Finanzmarktkrise begonnen, ist aber durch das beschleunigt worden, was wir in den letzten drei bis vier Jahren erlebt haben. Aber wie man in dieser Situation, in der wir über eine Verschuldungskrise reden, in Deutschland Steuergeschenke in Höhe von 6 Milliarden Euro auf Pump verteilen kann und das Land damit noch weiter in die Verschuldung treibt – die Umsetzung Ihrer Vorschläge wird jährlich zu zusätzlichen Zinszahlungen in Höhe von 180 Millionen Euro führen –, während die Vergünstigung, die bei den Bürgern ankommt, gerade einmal den Wert zweier Tassen Kaffee hat, müssen Sie mir erklären.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Sagen Sie Ihren Arbeitnehmern mal, dass die CDU die Arbeitnehmerpartei ist!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Steinbrück, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schick zu?

Peer Steinbrück (SPD):

Sehr gerne.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Jetzt kommt neues Lob!)

– Das glaube ich nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Steinbrück, ich stimme Ihnen völlig zu,

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Das habe ich doch gewusst!)

dass die Kritik vonseiten der CDU/CSU und der FDP scheinheilig ist. Ich möchte Sie aber trotzdem fragen,

(C)

(D)

Dr. Gerhard Schick

- (A) warum Sie als Bundesfinanzminister noch im Krisenjahr 2008 mit dem Verweis auf das Vorbild London eine Ausweitung des deutschen Finanzsektors für richtig empfunden haben, warum Sie in Ihrer Amtszeit die Regulierung von Zertifikaten zum Beispiel von Lehman Brothers, die manchen Menschen Verluste gebracht haben, und die Regulierung von geschlossenen Fonds und anderen Produkten des grauen Kapitalmarktes explizit abgelehnt haben, wie Sie heute zu diesen Forderungen stehen und warum sich in Ihrer Amtszeit die West-LB massiv mit Geld vollgepumpt hat und schwierige Investments getätigt hat, die heute in einer Bad Bank abgewickelt werden müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Rainer Brüderle [FDP]: Ministerpräsident war er! – Dr. Volker Wissing [FDP]: Sie waren der Ministerpräsident, Herr Steinbrück!)

Peer Steinbrück (SPD):

Nein, da war ich nicht Ministerpräsident. Wir wollen hier keine Geschichtsklitterung betreiben, nur weil das für Sie bequem ist.

Was die West-LB betrifft: Die West-LB hat sich ab Juli 2005, nach dem Wegfall der beiden Staatsgarantien Anstaltslast und Gewährträgerhaftung, mit solchen Produkten vollgepumpt. Da hieß der Ministerpräsident Rüttgers.

(Beifall bei der SPD – Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Nein, nein! – Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Nein! Das ist ja falsch!)

- (B) Bezogen auf Ihre anderen Hinweise, ist mir nicht ganz klar, worauf Sie konkret abheben.

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist richtig – diesen Schuh ziehe ich mir gerne an –, dass wir uns vor dem Hintergrund des anglo-amerikanischen Konkurrenzmodells der Finanzmärkte auch in Deutschland – selbstkritisch gesehen – zu früh und zu weitgehend dem Muster einer deregulierten Finanzmarktwelt ergeben haben. Dies ist zuzugeben. Abgesehen davon hat es auch zu meiner Zeit keinen Sinn gemacht, nur auf nationalstaatliche Reichweite bezogene Instrumente einzusetzen, weil man wusste, dass das sofort zu Ausweichmanövern an anderen Finanzmarktstandorten in Europa führen würde. Ich habe keine Mühe, zuzugeben, dass es aufgrund der Entwicklung ab 2007 einen Lerneffekt gegeben hat. Bezogen auf die heutige Debatte frage ich mich allerdings: Wie weit gehen die Lerneffekte bei Ihnen, und wie weit gehen die Lerneffekte bei uns?

(Beifall bei der SPD)

Mit Blick auf die Finanzmarktregulierung ist festzustellen, dass es durchaus eine Reihe von Fortschritten gegeben hat – das will ich gar nicht in Abrede stellen –, insbesondere über die Gesetzgebung der Europäischen Union, übrigens maßgeblich angelegt in Zeiten der Großen Koalition. Aber das reicht nicht. Das wesentliche Prinzip, welches die Bundeskanzlerin übrigens jüngst zitiert hat, nämlich das auf den ersten beiden Finanzgip-

fel entwickelten Prinzip, dass jedes Finanzmarktprodukt, jeder Finanzmarktteilnehmer und jeder einzelne Finanzmarkt einer Regulierung und Aufsicht unterworfen werden soll, ist bisher nicht umgesetzt worden. Wir haben – noch einmal selbstkritisch gesprochen – das sehr günstige Fenster zwischen dem Herbst 2008 und dem Frühjahr 2009 für eine ehrgeizigere, massivere Finanzmarktregulierung nicht genutzt – weder Sie noch wir.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb sind weitere Schritte erforderlich.

Wenn ich mir angucke, wie harmlos und zahnlos der Antrag der CDU/CSU ist, dann habe ich den Eindruck, dass im SPD-Antrag die Ziele stehen,

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Haben Sie den von der SPD gelesen?)

die, wie ich glaube, sehr viel ehrgeiziger angestrebt werden müssen. Ich halte es für richtig, dass wir zu einer Trennung von Geschäftsbanken, Kreditbanken und Investmentbanken sowie Schattenbanken kommen. Herr Flosbach, das Argument, dass dadurch Finanzkrisen nicht abgewendet werden können, ist deshalb völlig abwegig, weil das niemand behauptet. Wir behaupten aber, dass wir endlich eine Wechselwirkung zwischen Risiko und Ertrag, zwischen den klassischen Kreditbanken und den hochspekulativ tätigen Investmentbanken herstellen müssen. Wir müssen diesem System durch eine solche Trennung quasi den Treibstoff für riskante und spekulative Geschäfte entziehen.

(Beifall bei der SPD)

Das hat schon funktioniert, jedenfalls teilweise. In den USA hat das bis 1998 auf der Grundlage eines Gesetzes aus den alten Zeiten von Herrn Roosevelt funktioniert, dem Glass-Steagall-Act von 1933, der 1998 aufgelöst worden ist.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Das sind aber die USA und nicht Deutschland! Wir haben ein anderes System der Universalbanken!)

Wenn Sie sich historisch vergegenwärtigen, wann die Übertreibungen begonnen haben, dann kommen wir ziemlich genau auf den Zeitpunkt Ende der 90er-Jahre, als Deregulierungsarien gesungen worden sind, auch vor dem Hintergrund, dass damals Investmentbanken mit den Einlagen der Kreditbanken, die ihnen zugeordnet waren, spekulieren konnten.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Aber Lehman war ein ganz anderer Fall!)

– Lehman ist ein anderer Fall.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Dr. Daniel Volk [FDP]: Aha! – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Was haben Sie denn zu Lehman gesagt?)

– Entschuldigen Sie bitte, es gab vorher andere Fälle. Es behauptet niemand, dass das Trennbankensystem die allein selig machende Lösung ist.

(C)
(D)

Peer Steinbrück

- (A) (Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Na also! Das wollten wir hören! – Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Was ist denn jetzt die Lösung? – Weitere Zurufe von Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

– Was regen Sie sich denn künstlich auf! Das ist doch lächerlich. Ich sage nur: Das ist ein Baustein, den wir für die Regulierung brauchen.

(Beifall bei der SPD – Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Das sehe ich auch so!)

Ich nenne Ihnen weitere Bausteine. Ich glaube, dass der Handel von Derivaten und Rohstoffen nur noch über transparente Handelsplattformen abgewickelt werden sollte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Das wird doch organisiert!)

Ich glaube, dass die sogenannten Over-the-Counter-Geschäfte verboten werden müssen. Es kann nicht sein, dass wir derzeit ein globales Volumen an Derivaten in Höhe von 600 Billionen US-Dollar jährlich haben – Derivate sind Wetten auf zukünftige Preise, um das umgangssprachlich zu formulieren; Sie können auf Schweinehälften, Nickel, Gold oder Devisen wetten –, die jährliche Wirtschaftsleistung der Welt, also der Wert der hergestellten Produkte und der Dienstleistungen, hat demgegenüber aber nur ein Volumen von 60 Billionen US-Dollar jährlich. Das heißt, die monetäre Welt hat sich um den Faktor 10 von der realen Welt getrennt. Da wollen Sie nicht ran.

- (B) (Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Das ist doch überhaupt nicht wahr! Sie sind nicht drin im Thema, Herr Steinbrück! – Wolfgang Bosbach [CDU/CSU]: Das ist doch Quatsch!)

– Von Ihnen kommt doch kein Vorschlag.

Ich bin dafür, dass Banken nicht mit Rohstoffen handeln dürfen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich bin dafür, dass sie Rohstoffe nicht lagern dürfen.

(Wolfgang Bosbach [CDU/CSU]: Sie müssen das einmal lesen!)

– Merkwürdig, Ihre Nervosität gibt zu erkennen, dass Sie getroffen sind.

(Beifall bei der SPD – Dr. Daniel Volk [FDP]: Das ist Fassungslosigkeit über Ihre Ahnungslosigkeit!)

Ihre ganze Nervosität ist der Tatsache geschuldet, dass Sie noch immer keine konkreten Vorstellungen haben. Ihr Antrag bewahrheitet das. Das merke ich, wenn ich ihn lese. Da steht nichts Konkretes drin.

Ich bin dafür, dass der Handel mit Kreditversicherungsscheinen für diejenigen verboten wird, die sich gar nicht gegen einen konkreten Kreditausfall versichern. Das, was dort passiert, ist grotesk. Um auch das um-

gangssprachlich zu formulieren: Das ist so, als würden Sie die Ansprüche aus einer Gebäudeversicherung gegen Brand – viele von denen, die uns zuhören, haben eine Gebäudeversicherung gegen Brand – verkaufen. Die Käufer haben ein Interesse daran, dass das Haus abrennt, weil sie dann Geld verdienen, weil sie dann das Geld von der Versicherung ausgezahlt bekommen. So ist das auch bei Kreditversicherungsscheinen. Die Leute haben Kreditversicherungsscheine, wollen sich aber gar nicht gegen einen konkreten Kreditausfall versichern.

(Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Das ist noch unter Gysi-Niveau, was Sie hier bringen!)

Wir stehen vor einem entscheidenden Schritt. Wir dürfen uns nicht länger von dem Killerargument beeindrucken lassen, man müsse die Finanzmarktregulierung im G-20-Kreis oder im Kreis der EU der 27 durchsetzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Wir sind nämlich weiter als alle anderen!)

Wir sind jetzt aufgefordert, mit dem Gewicht der Bundesrepublik Deutschland und vor dem Hintergrund der konkreten Leistungen, die wir im Augenblick zur Stabilisierung Europas erbringen, im Kreis der Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion mit Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung zu beginnen.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Gut, dass wir eine neue Regierung haben und einen neuen Finanzminister!)

Die Bundesregierung hat dazu bisher nichts Substanzielles vorgelegt. Das mache ich ihr massiv zum Vorwurf.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen voraus: Diese Krise kann sehr viel mehr als Geld kosten. Sie kann das Vertrauen in unsere demokratische und soziale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kosten. Es kann sein, dass Menschen sich abwenden, weil sie den Eindruck haben, dass die Politik nur noch getrieben und erpressbar ist.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Was haben Sie denn dagegen getan, als Sie regiert haben?)

All Ihre Hinweise weisen darauf hin, dass man sich Ihrer Meinung nach erpressen lassen muss. Das Motto „Too big to fail“ bedeutet doch: Du musst alle Banken stabilisieren. Herr Flosbach, um auch das einmal richtigzustellen: Das Restrukturierungsgesetz geht maßgeblich auf Vorarbeiten aus der Zeit der Großen Koalition zurück.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Ach, das waren Sie auch?)

Das waren Frau Zypries und ich.

(Beifall bei der SPD)

Die Politik muss die Steuerungsfähigkeit zurückgewinnen und deshalb mit großem Ehrgeiz an die Verbesserung der Regulierung und der Aufsicht von Finanzmärkten herangehen. Wir dürfen uns nicht erpressen lassen, weder von Ratingagenturen noch von großen

Peer Steinbrück

- (A) Banken noch durch die Drohung mit einem Standorthopping nach dem Motto: Sonst wandern wir ab.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Wir dürfen uns auch nicht von der Überlegung, dass Kapital scheu wie ein Reh ist, beeindrucken lassen; denn auch dadurch können wir erpresst werden, auf die Forderungen der Lobbyisten einzugehen, die an dieser Finanzmarktregulierung kein Interesse haben.

Wenn eine globale Finanzmarktregulierung im Rahmen der G-20-Staaten blockiert wird oder wir sie gegenüber dem Finanzstandort London nicht durchsetzen können, dann müssen wir im Nahbereich der Europäischen Währungsunion damit anfangen.

(Beifall bei der SPD)

Darauf müssen wir uns konzentrieren. Hier erwarten wir deutlich mehr, als die Bundesregierung bisher vorgelegt hat.

(Beifall bei der SPD – Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Ganz schwach!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Volker Wissing ist der nächste Redner für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dr. Volker Wissing (FDP):

- (B) Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal zu Ihnen, Herr Kollege Steinbrück: Die heftigen Zwischenrufe der Kolleginnen und Kollegen

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Der Fachkollegen!)

während Ihrer Rede hatten nichts damit zu tun, dass hier jemand nervös war. Das hatte etwas mit einem Satz zu tun, den Sie hier selbst gesagt haben: Jede Maßlosigkeit schafft sich eine Gegenbewegung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Man fragt sich ernsthaft, weshalb ausgerechnet Sie sich hier hinstellen, als Sozialdemokrat und als sozialdemokratischer Finanzminister a. D., der nichts von all dem, was Sie heute fordern, auf den Weg gebracht hat.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Sie haben damals nichts von dem, was Sie zusätzlich zu dem, was wir umgesetzt haben, fordern, auch nur ansatzweise gefordert. Es mag vielleicht den einen oder anderen in den Reihen der Sozialdemokraten geben, der hier glaubwürdig über Finanzmarktregulierung reden kann, aber Sie, Herr Steinbrück, können es nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Da Sie sich in den letzten Monaten so gerne auf Meinungsforschungsinstitute bezogen haben und auch mit Häme auf andere blicken, möchte ich einmal zitieren, was das Meinungsforschungsinstitut Forsa über Sie,

Herr Steinbrück, ermittelt hat. Es sind drei wesentliche Punkte. (C)

(Peer Steinbrück [SPD]: Was hat das mit dem Tagesordnungspunkt zu tun?)

Erstens. Er wird überhaupt nicht der SPD zugerechnet. – Das wundert einen nicht; denn in Regierungsverantwortung haben Sie nichts von dem umgesetzt, was die SPD heute an Finanzmarktregulierung fordert.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Gustav Herzog [SPD]: Sagen Sie einmal etwas zu den Umfragen der FDP! Forsa zur FDP?)

Sie haben keine Finanzmarktsteuer eingeführt, Sie haben auch keine Vermögensteuer eingeführt, und Finanzmarktregulierung haben Sie eher in die andere Richtung betrieben. Deswegen glaubt Ihnen kein Mensch, dass Sie hier ernsthaft sozialdemokratische Politik vertreten können.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zweitens. Das Meinungsforschungsinstitut Forsa hat über Herrn Steinbrück ermittelt: Der Mittelstand hat Steinbrück die ganzen Verschlimmerungen im Steuerrecht nicht vergessen. – Auch das kann ich nachvollziehen. Sie lagen mit Ihrer Steuerpolitik in allen Punkten falsch. Wir mussten dies korrigieren,

(Lachen bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

weil Sie das Land mit Ihrer verfehlten Hinzurechnungsbesteuerung, Zinsschranke und dem ganzen Zeug tiefer in die Krise geführt hätten. (D)

(Beifall bei der FDP – Peer Steinbrück [SPD]: Sagen Sie doch einmal etwas zur Finanzmarktregulierung! – Dr. Carsten Sieling [SPD]: Zum Thema!)

Drittens. Da Sie sich mit Ihrem durchaus erstaunlichen Selbstbewusstsein hier heute hingestellt haben, möchte ich Ihnen den dritten Punkt nicht ersparen. Herr Güllner vom Institut Forsa sagt: Peer Steinbrück wurde in der Krise als Hilfsreferent und nicht als Krisenlöser wahrgenommen. – Wie wahr.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir können uns noch an dieses Herumschwadronieren erinnern.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie einmal etwas über die FDP!)

Als die HRE noch börsennotiert war, da sprach er von Abwicklung und davon, dass sie plattgemacht wird. Die Rettung der Hypo Real Estate war nicht Peer Steinbrück zu verdanken, sondern der Kommunikation der Bundeskanzlerin mit den Banken. Peer Steinbrück war nicht einmal anwesend, als sich die Rettungsnacht zuspitzte. Als Berichte der Bankenaufsicht bei Ihnen in Ihrem Ministerium eingingen, Herr Steinbrück, haben Sie sie nicht einmal gelesen. Sie wussten gar nicht, was an den

Dr. Volker Wissing

- (A) Finanzmärkten tatsächlich läuft. Deswegen lagen Sie mit Ihrer Regulierungspolitik vollkommen daneben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Gustav Herzog [SPD]: Es ist noch nicht 11.11 Uhr!)

Wenn Sie von Lerneffekten sprechen, dann hat das etwas Komisches.

Ich möchte jetzt auf Ihre Vorgänger eingehen. Sie waren nicht der erste sozialdemokratische Finanzminister, der sich rückwirkend gerne als Finanzmarktregulierer darstellt. Hans Eichel, Ihr Vorgänger, sagte bei einer Tagung im Jahr 2003: „Hedgefonds sollen gegenüber herkömmlichen Investmentfonds nicht mehr diskriminiert werden.“

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zur Tagesordnung!)

Das sagte Ihr sozialdemokratischer Vorgänger Hans Eichel. Das war sozialdemokratische Realfinanzpolitik. Das ist nicht das, was Sie der Öffentlichkeit heute an wahrheitswideriger Geschichtsklitterung erzählen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie haben von den segensreichen Verbriefungsmärkten geschwärmt. Es gibt einen Antrag von SPD und Grünen vom 7. Mai 2003, Drucksache 15/930; vielleicht möchte das jemand nachlesen. In diesem Antrag haben Sie geschrieben, man brauche jetzt „weitere Maßnahmen zur Schaffung eines leistungsfähigen, internationalen wettbewerbsfähigen Verbriefungsmarktes in Deutschland“.

(B)

(Zuruf von der FDP: So, so!)

Das war reale sozialdemokratische Finanzpolitik. Das hat nichts mit der Regulierung der Finanzmärkte zu tun. Wovon reden Sie denn?

(Gustav Herzog [SPD]: Sagen Sie einmal etwas zur FDP!)

Sie haben doch alles auf den Weg gebracht, was wir heute wieder rückgängig machen müssen. Wir sind die Koalition,

(Lachen bei der SPD)

die die Finanzmärkte reguliert. Wir haben den Verbriefungsmarkt reguliert. In Deutschland gibt es den höchsten Selbstbehalt bei Verbriefungen. Das haben wir durchgesetzt. Es gibt in Deutschland ein Verbot von Leerverkäufen. Das haben wir durchgesetzt.

(Peer Steinbrück [SPD]: Das gab es vorher bei mir auch schon!)

– Sie haben das temporär mit angezogener Handbremse gemacht.

(Peer Steinbrück [SPD]: Nein! Sie waren doch dagegen!)

Sie haben mit angezogener Handbremse reguliert, und dort, wo Sie Hedgefonds zulassen konnten, haben Sie es getan.

Herr Steinbrück, Sie werden Ihre Verantwortung für das, was Sie in Regierungsverantwortung getan haben, nicht los. Sie können tun, was Sie wollen, Sie werden es nicht los. Deswegen werden Sie nicht glaubwürdig das vertreten können, was Ihre Genossinnen und Genossen gerne hätten; denn Sie haben das Gegenteil gemacht. Das wird Ihnen immer anhaften, Herr Steinbrück.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Bürgerinnen und Bürger sind bei dieser christlich-liberalen Koalition in guten Händen. Wir haben all die Dinge auf den Weg gebracht, die notwendig sind. Wir bleiben dabei nicht stehen. Der Bundesfinanzminister verhandelt mit vollem Engagement auf internationaler Ebene. So, wie Herr Steinbrück es den Deutschen hinterlassen hat, konnte es nicht bleiben. Deswegen sagt die FDP: Wir müssen mit Maß und Ziel verhandeln, aber immer das richtige Ziel vor Augen haben.

(Lachen bei der SPD)

Deswegen sagen wir auch: Ja, eine Finanzmarktsteuer kann kommen. Aber sie darf nicht zulasten des regulierten deutschen Marktes gehen. Wir haben die Finanzmärkte in Deutschland nicht reguliert, damit die Finanztransaktionen nach Großbritannien oder Singapur abwandern. Wenn wir regulieren, dann wollen wir auch, dass der regulierte Markt in Deutschland funktioniert. Auch das ist etwas, das wir den Bürgerinnen und Bürgern als Beweis schuldig sind. Deswegen wird hier weiter mit Maß und Ziel international verhandelt.

Vieles, was Sie nicht in Angriff nehmen wollten, haben wir in Angriff genommen. Ein Beispiel ist das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz.

(Lachen bei der SPD)

Auch hier haben Sie nichts erreicht, weil Sie überhaupt nicht die Fähigkeiten besitzen, um sich international durchzusetzen. Sie formulieren nur irgendwelche merkwürdigen Drohungen;

(Holger Krestel [FDP]: Kavallerie!)

ich erinnere nur an Ihre Aussage mit der „Kavallerie in Fort Yuma“.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Zum Schutz der Steuerzahler!)

Sonst haben Sie nichts erreicht. All diese Dinge haben wir auf den Weg gebracht. Deutschland steht heute mit einem wesentlich besser regulierten Finanzmarkt da als zu Ihrer Zeit und als zu rot-grüner Zeit. Darauf sind wir auch ein Stück weit stolz. Aber wir ruhen uns darauf nicht aus.

(Zuruf von der SPD: Noch 96 Minuten bis 11.11 Uhr!)

Wir arbeiten weiter daran,

(Lachen bei der SPD)

weil wir der festen Überzeugung sind, dass an den Finanzmärkten wieder das Prinzip, dass diejenigen, die Risiken eingehen, auch haften, gelten muss. Das setzen wir Schritt für Schritt um, und das ist gut für dieses Land.

(C)

(D)

Dr. Volker Wissing

- (A) Das bringt Stabilität in die Märkte. Deutschland könnte sich eine weitere Ära sozialdemokratischen Versagens in der Finanzpolitik schlicht und einfach nicht leisten. Wir müssen heute die Scherben dieser verfehlten, irreführenden sozialdemokratischen Politik zusammenkehren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Abg. Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Das ist ein großer Aufwand; aber wir leisten das.

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Herr Kollege.

Dr. Volker Wissing (FDP):

Ich finde, wir sind sehr gut vorangekommen. Ein herzliches Dankeschön für das Verhandlungsgeschick der Bundesregierung! Die sie tragenden Fraktionen unterstützen sie, wo sie können.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Lachen bei der SPD – Zuruf von der SPD: Noch 95 Minuten bis 11.11 Uhr!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Richard Pitterle für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) **Richard Pitterle (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ratingagenturen werden neben Hedgefonds und Heuschrecken am häufigsten genannt, wenn über die Finanzkrise gesprochen wird. Ratingagenturen sind bekanntlich private Unternehmen, die nichts anderes machen, als die Kreditwürdigkeit von Unternehmen aller Branchen sowie von Staaten zu bewerten. Damit verdienen sie selbst viel Geld. Die Agenturen fassen das Ergebnis ihrer Untersuchung in einer Buchstabenkombination zusammen, die in der Regel von AAA – beste Qualität – bis D – zahlungsunfähig – reicht. Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger sagt – Zitat –:

Es ist eine Katastrophe, dass (private) Ratingagenturen über Wohl und Wehe von Ländern entscheiden.

Recht hat der Mann.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Regierungskoalition kritisiert im vorliegenden Antrag, viele Marktteilnehmer orientierten sich mechanistisch, wie es da heißt, an externen Ratings. Warum ist das so? Darf ich Sie daran erinnern, dass es zuallererst die Aufsichtsbehörden sind, die sich und andere Marktteilnehmer von den Ratingagenturen abhängig machen? Das betrifft die Kapitalpuffer von Banken als auch die Anlagevorgaben für Versicherer. Bei beidem müssen Ratings von externen Agenturen beachtet werden. So haben Sie es ins Gesetz geschrieben und dadurch den Ratingagenturen eine enorme Macht gegeben. Kein Wunder

also, dass Banken und Versicherungsgesellschaften die Ratings der Agenturen bei ihren Investitionsentscheidungen zugrunde legen. Sie werden dazu verpflichtet. Da liegt der Hund begraben.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie fordern die eigene Bundesregierung auf – ich zitiere –, „die Verknüpfung regulatorischer Vorgaben mit externen Ratings zu vermindern“. Ihre Analyse der Situation scheint mir dann doch ein schwerer Fall von Bewusstseinsstörung zu sein. In allen internationalen Regulierungsvorschriften, sowohl in den neuen Eigenkapitalvorschriften für Banken, Basel II und im Nachfolger Basel III, als auch bei der Versicherungsregulierung, Solvency II, werden die Bewertungen der Agenturen doch immer unersetzlicher.

Selbst die Europäische Zentralbank verlangt Ratings. Für die Vergabe von Krediten an Geschäftsbanken will sie Sicherheiten in Form von Wertpapieren, die gewisse Mindeststandards erfüllen müssen. Einer dieser Mindeststandards – ich betone das „Mindest“ – ist ein externes Rating einer Ratingagentur. Die Ratingagenturen zu entmachten, die selbst nach Einschätzung im Antrag der Regierungskoalition für die Finanzkrise eine Mitverantwortung tragen, dazu fehlt Ihnen der Mut. Jetzt kommen Sie mir nicht damit, dass viele der Vorschriften, die ich erwähnt habe, aus Brüssel kommen. So ganz ohne Einfluss ist die Bundesregierung in Brüssel nicht.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Wohl wahr!)

Alles in allem stehen wir in Deutschland kein bisschen besser da als zu Beginn der Finanzkrise. Die Ratingagenturen raten munter und unbehelligt weiter, mit Erlaubnis derer, die sie kontrollieren sollen.

Statt uns hier Anträge vorzulegen, in denen Sie schreiben, wie toll Sie die Finanzmärkte reguliert haben, sollten Sie lieber endlich handeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Gäbe es eine Ratingagentur für Anträge, dann würden Sie mit Ihrem Antrag auf der Skala ganz unten rangieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Zu einer Kurzintervention – – Das hat sich erledigt?

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Ich wollte eine Zwischenfrage stellen! Jetzt kommt der eigene Redner!)

– Gesagt hatten Sie mir gerade etwas anderes, gemeint war offenkundig dies. Okay. Ich bedanke mich.

Der nächste Redner ist der Kollege Gerhard Schick für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, es geht nicht, bei der Regulierung der Finanz-

Dr. Gerhard Schick

- (A) märkte nur nach hinten zu gucken, wie das Volker Wissing gerade gemacht hat, sondern es sind jetzt Aufgaben zu erfüllen.

Wir würden uns einmal dafür interessieren, warum die FDP bei dem Thema Finanztransaktionsteuer eigentlich über Wochen und Monate und heute noch immer bremst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN – Dr. Michael Meister [CDU/CSU]: Ist doch klar, dass Sie einiges zu verbergen haben, Herr Schick! – Dr. Volker Wissing [FDP]: Sie müssen zuhören!)

Da Sie schon zurückschauen, würde uns auch interessieren, warum aus der FDP-Fraktion in den letzten Jahren lauter Deregulierungsvorschläge kamen, die bei Ihrem Rückblick völlig gefehlt haben. So geht es nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt im Moment sehr viele verschiedene Initiativen mit dem Ziel, zu regulieren. Ich finde, in dem SPD-Antrag, der heute vorliegt, wird das richtig aufgegriffen. Deswegen werden wir ihm auch zustimmen. Wir sind hier an vielen Stellen gemeinsam unterwegs und sehen auch gemeinsam die Defizite der Koalition.

Wir Grünen wollen heute insbesondere auf zwei Punkte hinweisen; denn bei diesen ganzen Diskussion darüber, was international alles getan wird, geht häufig unter, was in Deutschland getan werden muss. Darüber reden Sie in der Koalition herzlich wenig.

- (B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Das stimmt doch nicht!)

Erster Punkt. Ein Faktor, mit dem Deutschland international heraussticht, ist die Tatsache, dass deutsche Banken ganz besonders wenig Eigenkapital haben. Im „Global Financial Stability Report“ des Internationalen Währungsfonds wird verglichen, in welchem Land der Schuldenhebel der Banken am größten ist. Raten Sie, welches Land im Report vom September 2011, also ganz aktuell, am schlechtesten dasteht! Es ist Deutschland. Hier kann man nicht auf irgendeine internationale Regulierung verweisen, sondern wir brauchen in Deutschland endlich eine Schuldenbremse für Banken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Wenn Sie das nicht glauben, dann können Sie das gerne noch einmal nachlesen.

Interessant ist ja: Das European Systemic Risk Board, das neueingerichtete Gremium, das die großen Risiken am Finanzmarkt in Europa aufdecken soll, empfiehlt endlich die Einführung einer verbindlichen Leverage Ratio, einer Schuldenbremse für Banken. Der Sachverständigenrat fordert in seinem neuen Gutachten, dass man bis 2019 schrittweise eine ungewichtete Eigenkapi-

talquote, also eine Leverage Ratio, von 5 Prozent einführt. (C)

Warum verhandelt dann bitte die Bundesbank für die Bundesrepublik Deutschland in Basel, dass diese Schuldenbremse für Banken nicht kommt?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum verhandelt dann die Bundesregierung in Brüssel, dass es keine verbindliche Schuldenbremse für Banken gibt? Diese Bundesregierung macht sich zurzeit zum Büttel der deutschen Banken, statt endlich eine stabile Aufstellung des deutschen Bankensektors durchzusetzen. Dazu müssten Sie endlich einmal etwas sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Totaler Quatsch!)

Ich möchte zu einem zweiten Thema kommen. Damit die Diskussion einmal vorankommt, haben wir heute einen konkreten Antrag dazu vorgelegt.

Überall heißt es, jetzt müssen wir einmal über Trennbanken reden, „too big to fail“ ist wichtig. Bisher hat sich Deutschland dieser Frage aber nicht gestellt. Um was geht es? Große Banken haben praktisch eine implizite Versicherung des Staates. Sie sind so groß, dass niemand riskieren kann, dass sie pleitegehen könnten. Das wissen die Märkte, und sie preisen das ein. Das ist wie eine Subvention. So sagt Avenir Suisse, nicht gerade ein wirtschaftsfeindlicher Thinktank in der Schweiz, dass die Schweizer Großbanken jährlich Subventionen in Höhe von 3 bis 6 Milliarden Schweizer Franken bekommen. Ich zitiere: (D)

... das sind mehr Subventionen für die Banker als für die Bauern.

Das ist in Deutschland nicht anders.

(Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Das ist ja abenteuerlich!)

Genau diese Subventionierung, die Banken dadurch bekommen, dass sie zu groß sind und deswegen kostenlos versichert werden, wollen wir abschaffen. Das ist der Kern des Problems „too big to fail“.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Das haben wir mit der Bankenabgabe gemacht! Sie wollten das nicht mittragen!)

– Das stimmt überhaupt nicht, dass Sie das mit der Bankenabgabe machen.

(Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Ist sie größenabhängig, oder ist sie nicht größenabhängig?)

– Sie können gerne eine Zwischenfrage stellen. Dann kann ich dazu Ausführungen machen. – Das wollen Sie wohl doch nicht.

(Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Ihnen noch mehr Redezeit geben? Das wäre noch schöner! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt wissen wir, was Sie fürchten!)

Dr. Gerhard Schick

- (A) – Genau. Sie haben Angst, dass ich es richtig erkläre und dass die Menschen merken, dass meine Antwort die richtige ist und Ihre Zwischenfrage Mumpitz ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn Sie mir nicht glauben, dann glauben Sie vielleicht der Bank of England. Sie sagt: Die Großbanken haben eine letztlich von der Allgemeinheit zu tragende Größenprämie von 250 Milliarden Dollar pro Jahr. – Genau das passiert ständig: dass die Steuerzahler kostenlos Bankrisiken versichern. Genau das möchten wir abschaffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit haben wir Grünen gute Erfahrungen. Wir kennen nämlich die kostenlose Subventionierung von systemischen Risiken aus einem anderen Themenfeld. Wir kennen das vom Thema Atomenergie. Auch da ist viel zu lange akzeptiert worden, dass der Steuerzahler kostenlos Großrisiken versichert. Es hat eine lange Zeit gedauert, aber wir Grünen haben es beharrlich gemeinsam mit den sozialen Bewegungen geschafft, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen und Sie zu einer 180-Grad-Wende gezwungen. Genau dasselbe werden wir bei dem Thema kostenlose Subventionen für Großbanken machen. Das Thema muss in Deutschland endlich auf den Tisch. Daran werden wir festhalten, und zwar so lange, bis wir die „too big to fail“-Thematik endlich gelöst haben.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Herr Schick, Sie unterschlagen die Wahrheit!)

Deswegen legen wir heute einen Antrag vor. In der Schweiz hat man erfolgreich vorgemacht, dass man an dieses Thema herangehen kann. In der Schweiz wurde eine Kommission vom Parlament eingesetzt, um die volkswirtschaftlichen Risiken von Großbanken zu untersuchen. Sie hat gute Vorschläge gemacht und dafür gesorgt, dass zusätzliche Eigenkapitalpuffer für Großbanken eingeführt wurden.

In Großbritannien hat die Vickers-Kommission, die Independent Commission on Banking, Vorschläge für ein Trennbankensystem gemacht. Das sind sinnvolle Vorschläge. Diese Bundesregierung und diese Koalition verweigern sich bis heute dieser Debatte. Das sieht man daran, dass Sie unseren Antrag heute ablehnen wollen. Wir Grünen werden daranbleiben; denn in der Frage, ob der Steuerzahler immer wieder in die Situation kommt, erpresst zu werden oder nicht, lassen wir nicht locker. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat jetzt der Kollege Hans Michelbach das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(C)

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bankenkrise der Jahre 2008/2009 und die daraus für die öffentlichen Haushalte entstandenen finanziellen Belastungen haben deutlich gemacht, dass die Finanzmärkte strukturell reformiert werden müssen. Dieser Aufgabe widmet sich die CDU/CSU-Fraktion mit großer Energie.

Dabei lassen wir uns von niemandem überbieten, schon gar nicht von Rot und Grün, die fälschlicherweise Griechenland in die Euro-Gruppe mit aufgenommen haben, die den Stabilitätspakt gebrochen und den Hedgefonds Tür und Tor geöffnet haben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Diese Koalition reguliert, Rot-Grün hat dereguliert. Das sind die Tatsachen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Der vorliegende SPD-Antrag ist teilweise ein Plagiat unseres Antrags. Unser Antrag, so sagt Herr Steinbrück, sei eine „nackte Unverschämtheit“. Das ist aber hier der Versuch, die eigene Nacktheit aus seiner Zeit als Finanzminister zu verbergen. Das ist die Situation. In unserem Antrag schauen wir nach vorne, und er beinhaltet klare Regulierungen für die Zukunft. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Michelbach, darf Ihnen der Kollege Poß eine Zwischenfrage stellen?

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):

Ja.

Joachim Poß (SPD):

Lieber Herr Kollege Michelbach, ist Ihnen bekannt, dass wir diejenigen waren, die bei der damaligen Gesetzgebung die Hedgefonds so konditioniert, kontrolliert, beaufsichtigt und mit Regeln versehen haben, dass die meisten es vorgezogen haben, gleich zur City of London zu gehen? Können Sie sich daran erinnern, dass entweder Ihre Fraktion oder Stimmen aus Ihrer Fraktion, vielleicht gar Sie persönlich, die damalige Gesetzgebung für viel zu stringent und zu eng gefasst hielten und Sie eine Weiterung im Sinne einer Deregulierung gefordert haben?

(Beifall bei der SPD)

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):

Herr Kollege Poß, das Problem liegt woanders.

(Peer Steinbrück [SPD]: Nein! Bestimmt nicht!)

Sie haben in der Finanzpolitik immer nur national gedacht. Das will ich Ihnen noch einmal verdeutlichen.

Dr. h. c. Hans Michelbach

- (A) (Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Antworten! – Joachim Poß [SPD]: Ist das zutreffend oder nicht?)

Sie haben im Deutschen Bundestag gesagt, durch eine europäische Lösung würde die Bundesregierung die Kontrolle über die internationale Bankenpolitik verlieren. Herr Steinbrück als Ihr Minister hat damals am 25. September in einer Regierungserklärung gesagt – bleiben Sie stehen, Herr Poß; ich bin noch nicht fertig –,

(Iris Gleicke [SPD]: Sie lesen ja Ihre Rede vor! Sie antworten gar nicht!)

der Zusammenbruch von Lehman Brothers sei ein rein amerikanisches Problem. Das zeigt, dass Sie in der Finanzpolitik nur national gedacht haben.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Sie haben dabei applaudiert! Das ist ja lächerlich!)

Sie haben die internationale Vernetzung völlig verkannt. Das war die größte Fehleinschätzung eines deutschen Finanzministers. Das ist eine Tatsache.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben national Dinge getan, die aber international null wert waren. Das war die Situation.

(Joachim Poß [SPD]: Das ist keine Antwort!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

- (B) Herr Kollege Michelbach, jetzt möchte auch der Kollege Pronold noch eine Frage stellen.

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):
Ein bayerischer Kollege darf das immer.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Diese Differenzierung sieht unsere Geschäftsordnung übrigens nicht vor, Herr Kollege. – Bitte sehr.

Florian Pronold (SPD):

Die bayerischen Kollegen haben auch ein sehr gutes Gedächtnis. Wir waren lange gemeinsam im Finanzausschuss. Darum verwundert mich Ihre neue Performance heute außergewöhnlich. Denn in der Zeit, als wir gemeinsam im Finanzausschuss waren, waren Sie immer der Deregulierer.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie über die nationalen Handlungen reden, dann darf ich Sie an ein altes Streitthema zwischen uns erinnern, nämlich die Real Estate Investment Trusts und die Frage, ob auch die ehemals gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften einbezogen werden. Es war die SPD-Fraktion, die verhindert hat, dass die Wohnungen den Heuschrecken ausgeliefert werden. Sie waren an vorderster Front dafür, das nicht in nationaler Regulierung zu machen, sondern den Heuschrecken noch Futter zu geben. So war es.

- (C) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Iris Gleicke [SPD]: Was stört mich mein Geschwätz von gestern!)

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):

Herr Kollege Pronold, es ist eine Tatsache, dass ich immer gegen Wettbewerbsverzerrungen zulasten des Landes und der Arbeitsplätze war.

(Lachen bei der SPD)

Diesen Vorwurf mache ich Ihnen: Sie haben Finanzpolitik aus nationaler Sicht gemacht, ohne global zu denken und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Sie haben weder eine G-20-Lösung noch eine EU-Lösung oder eine Euro-Zonen-Lösung vorgelegt.

(Dr. Carsten Sieling [SPD]: Und was haben Sie global erreicht?)

Diesem Vorwurf müssen Sie sich stellen, Herr Steinbrück.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber schauen wir nach vorne. Denn die Risiken sind gestiegen. Es gibt zweifellos eine Vertrauenskrise und mit Griechenland und Italien einen starken Vertrauensbruch.

Europa kann nicht auf Pump leben. Jede Solidarität muss mit einer Eigenanstrengung der Länder gekoppelt werden. Wir wollen eine neue Architektur der Glaubwürdigkeit in Europa. Wir haben jetzt die Aufgabe, diese Maßnahmen in nationaler Geschlossenheit durchzusetzen. Das Vertrauen in die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte und in das Finanzsystem muss neu hergestellt werden. Das ist jetzt unsere Aufgabe. In der Währungsunion muss die Glaubwürdigkeit aller Länder wiedergewonnen werden, weil unsere Zukunft in einem gemeinsamen Europa und in der Euro-Zone liegt.

Deswegen gilt es jetzt, diese Aufgaben gemeinsam anzugehen und zu schultern. Wir wollen Sanktionsverfahren. Wir wollen keine Vergemeinschaftung von Schulden und Zinsen. Wir wollen keine monetäre Staatsfinanzierung. Wir wollen die Unabhängigkeit der EZB und die Widerstandsfähigkeit der Banken durch Rekapitalisierung. Das sind die Aufgaben, die sich jetzt auf der europäischen Ebene stellen. Die Politik verliert ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie die Märkte nicht noch besser in den Griff bekommt. Genau das – die Märkte besser in den Griff zu bekommen – versuchen wir mit unserem Antrag zu erreichen. Schließen Sie sich deswegen unserem Antrag an!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Joachim Poß [SPD]: Haben Sie überhaupt ein Wort gesagt, was Sie eigentlich wollen?)

Wir können eine positive Bilanz bezüglich der Finanzmarktregulierung ziehen. Auf diese Regulierung üben in Deutschland wir, der Deutsche Bundestag, durch direkte Beschlussfassung Einfluss aus. Man sollte wiederholen, was wir gemacht haben. Natürlich können wir hier im Deutschen Bundestag nicht beschließen, was andere Länder zu tun haben. Letzten Endes können wir nur

(C)

(D)

Dr. h. c. Hans Michelbach

- (A) Beschlüsse durchsetzen, die für uns gelten, und wir müssen die Bundesregierung bitten, diese Beschlüsse in die G 20 und in die Euro-Zone weiterzutragen.

Wir haben Regulierungen zum Rating und zur Vergütungsstruktur getroffen. Wir haben Regelungen zu Leerverkäufen und zu Verbriefungen geschaffen. Wir haben die Verhandlungen zu den Eigenkapitalanforderungen im Rahmen von Basel III offensiv begleitet. Wir haben das Restrukturierungsgesetz und die damit verbundene Bankenabgabe beschlossen. Dadurch sind wir in der Situation, dass wir international weitere Erfolge brauchen. Das steht außer Frage: Wir brauchen international weitere Erfolge. Dies müssen wir gemeinsam im deutschen Interesse angehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Jetzt müssen die Regulierungen am Finanzmarkt global zur Stabilisierung des Währungssystems und der Weltwirtschaft weitergeführt werden, damit dem verantwortungslosen Treiben einzelner Finanzmarktteilnehmer ein Ende gesetzt wird. International muss es klare Absprachen und Vorgaben zur Umsetzung geben. Hier geht es um die systemrelevanten Banken, um die Schattenbanken, um die Derivate, um die Reform des Weltwährungssystems. Das sind die Kernpunkte, die wir jetzt angehen müssen. Unser Antrag zeigt, welche Maßnahmen wir zur Reform des Finanzmarktes schon umgesetzt haben und welche Erweiterungen jetzt notwendig sind. Das ist eine Zwischenbilanz, die letzten Endes zu einer Gesamtlösung, zu einer Gesamtkonzeption führt. Dieser

- (B) Antrag ist zielführend, und deswegen wurde er zu Recht gestellt.

Lassen Sie uns bei den Entscheidungen über das Trennbankensystem, über den Hochfrequenzhandel, über das Risikomanagement beim Investmentbanking und beim Eigenhandel, über die Finanzmarktspekulationen im Rohstoffbereich einschließlich der Nahrungsmittel reden. Lassen Sie uns über das Schattenbankensystem sprechen. Lassen Sie uns auch über die Finanztransaktionsteuer reden, aber natürlich nicht mit Emotionen, sondern mit gezieltem Sachverstand. Lassen Sie uns außerdem über die außerbörsliche Derivateentwicklung reden. Das sind die Punkte, über die es international zu entscheiden gilt.

Neue Glaubwürdigkeit entsteht nur durch einen transparenten Weg in der Finanzwirtschaft und einen konsequenten Krisenbewältigungsmechanismus insgesamt in dieser Währungsunion und in der gesamten Finanzwirtschaft. Wir werden dafür kämpfen, dass Finanzmarktrisiken sowie Inflationsgefahren vermieden werden. Die Akteure auf den Finanzmärkten sollen nicht wieder in alte Verhaltensmuster zurückfallen dürfen, wie sie vor der Krise zu beobachten waren. Wir werden weitere Initiativen ergreifen, um auf europäischer und internationaler Ebene eine Vorreiterrolle bei der Vermeidung zukünftiger Krisen wahrzunehmen.

Unser Land, Deutschland, dient als Vorbild. Unsere Wirtschaft ist stark. Wir haben die höchste Beschäftigung. Wir haben die geringste Arbeitslosigkeit in Eu-

ropa, was vergleichbare Industrieländer angeht. Deswegen können wir als Vorbild dienen. Wir müssen aber die Solidarität, die wir gerne geben, durch Eigenanstrengungen auch einfordern. Das ist der Weg, den wir einschlagen und der letzten Endes zu bewältigen ist. (C)

Die Exzesse, die wir auf den Finanzmärkten erlebt haben, dürfen sich nicht wiederholen. Da werden wir klare Schranken und Begrenzungen einführen. Das, was Sie nicht gemacht haben, werden wir jetzt tun. Es ist einfach die Situation – das müssen Sie sich natürlich hinter die Ohren schreiben –: Rot-Grün hat dereguliert, und diese Koalition reguliert und wird letzten Endes Deutschland, die Euro-Zone und Europa wirtschaftlich und finanzpolitisch auf den richtigen Weg führen. Das ist die Situation.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Carsten Sieling für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Carsten Sieling (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ein Mirakel heute Morgen. Wenn man sich die Debatte anhört und den Antrag der Koalitionsfraktionen anschaut, fragt man sich: Was soll das eigentlich alles? Was wollen Sie uns sagen? Wie kommen Sie überhaupt zu einem solchen inhaltsleeren und perspektivlosen Antrag? Die Antwort auf diese Frage findet sich in der Geschichte. Der Antrag ist im Juni dieses Jahres entstanden. Damals hat die CDU/CSU-Fraktion eine große Konferenz hier im Deutschen Bundestag veranstaltet und dazu illustre Herren eingeladen: Herrn Blessing von der Commerzbank, den Herrn Vorstandsvorsitzenden Francioni von der Deutschen Börse und natürlich Herrn Ackermann, der in diesem Zusammenhang erstmalig die Luft des Bundestages schnuppern durfte und nicht nur die Zimmer im Kanzleramt gesehen hat. Dort ist beraten worden, wie weit man denn sei und was man denn erreicht habe. Man hat also – jetzt greife ich ein Wort auf, das der amtierende Bundesfinanzminister häufiger gesagt hat – nichts anderes getan, als die Frösche einzuladen und mit ihnen zu beraten, wie man den Sumpf trockenlegen kann. Ihr Antrag ist nichts anderes als das Dokument dafür, dass das nicht funktioniert. Ihr Antrag lässt die Frösche munter weiterquaken. Das ist das Problem Ihrer Regulierungspolitik. Sie führt zu nichts und bringt leider nicht die Maßnahmen auf den Weg, die erforderlich sind. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Axel Troost [DIE LINKE])

Jetzt behaupten Sie in der Debatte, Sie hätten mehr erreicht als in elf Jahren SPD-Regierungsbeteiligung und die SPD-Finanzminister.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: So ist das! – Joachim Poß [SPD] an die CDU ge-

Dr. Carsten Sieling

- (A) wandt: Ihr habt in der Großen Koalition doch gebremst!

Man muss sich fragen, woher das kommt, was Sie da auflisten. Ich sage Ihnen, was das Einzige ist, was Sie treibt: Entweder greifen Sie auf die Maßnahmen zurück, die in der Großen Koalition vorbereitet worden sind – Peer Steinbrück hat hier schon auf das Restrukturierungsgesetz verwiesen –, oder Sie machen nichts anderes, als Verordnungen und Richtlinien der EU umzusetzen. Eigene Impulse, die Kraft der viertgrößten Wirtschaftsmacht der Welt für Regulierungsmaßnahmen zu nutzen, kommen von Ihnen nicht. Eigene Initiativen und Vorschläge fehlen bei Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will das gerne anhand der hier angesprochenen Punkte aufzeigen. Die Wahrheitsverzerrung heute Morgen ist unglaublich.

(Peer Steinbrück [SPD]: Wohl wahr!)

Ich greife das Thema Hedgefonds auf. Kollege Pronold hat darauf hingewiesen, dass die Oberderegulierer von damals jetzt nach mehr Regulierung schreien. Die Wirklichkeit ist: Wir alle wissen, dass es in Deutschland um die zehn Hedgefonds gibt. Warum gibt es so wenige? Weil wir die strengste Regulierung haben und die Hedgefonds alle nach Großbritannien verschwunden sind.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Das ist der Erfolg der Politik, die Sie damals beklagt haben. Heute stellen Sie sich hierhin und behaupten, Sie hätten keine nationalen Sonderwege gewollt. Ich bin froh, dass der nationale Sonderweg gewählt worden ist; denn er hat Schaden vom deutschen Finanzmarkt abgewendet.

(Beifall bei der SPD)

Dann wurde hier – das ist das Allergrößte – das Thema Leerverkäufe angesprochen. Sie tun so, als hätten Sie heldenhaft im Juni 2010 hier ein Gesetz verabschiedet. Ich möchte erst einmal darauf hinweisen, dass im September 2008 Leerverkäufe per Anweisung des damaligen Bundesfinanzministers verboten worden sind.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Elf Finanzinstitute!)

– Ja, aber das Verbot ist verlängert worden. Das Verbot war wirksam bis zum 31. Januar 2010, als Sie schon im Amt waren.

Wir haben Sie immer aufgefordert, dieses Verbot zu verlängern. Das haben Sie nicht gemacht.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Wir haben das auf eine gesetzliche Basis gestellt!)

Sie haben es am 18. Mai 2010 wieder aufgegriffen, um dann im Juni das Gesetz zu verabschieden. Es gab eine Zeit, in der Sie fahrlässigerweise Leerverkäufe zugelassen haben, die vorher von uns verboten worden waren. Das war genau die Zeit, in der die Griechenland-Krise

ausgebrochen ist. Darauf will ich an dieser Stelle einmal verweisen. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit Ihrem Gesetz haben Sie weniger im Bereich der Verbote von Leerverkäufen reguliert, als es vorher der Fall war.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das glauben Sie selber nicht, was Sie da sagen!)

Sie haben damals das Verbot auf ungedeckte Leerverkäufe begrenzt. Sie haben Ausnahmen geschaffen und bestimmte Geschäfte weiterhin ermöglicht. Ihr Gesetz geht nicht so weit wie das, welches das Europäische Parlament in wenigen Tagen hoffentlich verabschieden wird und auch die ungedeckten Kreditausfallversicherungen umfasst.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Wir haben die doch drin!)

Das ist notwendig. Hier hätten Sie vorangehen und etwas leisten können. Aber das passt ins Bild: Sie tun nichts. Sie bringen nichts in Gang. Sie vollziehen nur nach, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Es ist eigentlich eine unendliche und unglaubliche Geschichte. Vorhin sind die Vergütungen angesprochen worden. Gesetzliche Maßnahmen zur Regulierung der Vergütungen sind bereits durch die Große Koalition auf den Weg gebracht worden. In Ihrer Zeit ist es allerdings möglich gewesen, gegen diese gesetzlichen Einschränkungen zu verstoßen. Ich verweise nur auf die HRE. Sie ist ein weiteres Beispiel dafür, was Sie alles zugelassen haben, wie wenig Sie hier gemacht haben und wie Sie in Attentismus und Blockadehaltung verharren. (D)

Nun haben Sie die Erkenntnis gewonnen, die Ratings müssten verboten werden. Herr Sanio fordert dies seit vielen Monaten und hat Sie auch unterrichtet. Nun kommen Sie stolz ins Parlament und verkünden, dass es eine Einschränkung geben müsse. Meine Güte! Da kann ich an diesem Freitag nur sagen: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Es ist gut, dass Sie auch bei dieser Frage endlich aufwachen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Wie billig!)

Unser Antrag enthält einen Katalog der Maßnahmen, die ergriffen werden müssen. Wir sagen gerade nach den Ergebnissen des G-20-Gipfels, auf dem nicht viel mehr – so heißt es in den Dokumenten – als die Dossierung von Ergebnissen, also die Erstellung von Protokollen, beschlossen wurde: Die notwendigen Taten müssen auf europäischer Ebene erfolgen. Hier kommt es darauf an, zu handeln.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Aha, sehr wichtig!)

Das Thema Finanztransaktionsteuer ist hier schon häufiger angesprochen worden. Herr Michelbach, der hier viele Reden gegen die Finanztransaktionsteuer ge-

Dr. Carsten Sieling

(A) halten hat, redet jetzt ganz machtvoll und kraftvoll für die Einführung einer solchen Steuer.

(Zuruf von der SPD: Der hat doch gar nicht geredet!)

Sie haben die Chancen verpasst. Wir haben im Januar 2010 mit den anderen Oppositionsfraktionen einen Antrag eingebracht. Sie als Koalition haben ihn abgelehnt. Wir haben in der Diskussion im Mai 2010, als es um die erste Griechenland-Tranche ging, gesagt, dass diese mit einer strikten Regulierung verbunden werden müsse, was auch die Einführung der Transaktionsteuer bedeute. Was hat die Koalition gemacht? Sie hat es abgelehnt.

Wir haben im Juni 2011 einen Antrag eingebracht, der auch im französischen Parlament behandelt worden ist. Hier ist er abgelehnt worden. Die Konservativen im französischen Parlament unter Präsident Sarkozy haben zugestimmt. Sie haben wieder abgelehnt, meine Damen und Herren von der Union. Sie haben sich durchgängig verweigert und nicht die Kraft entwickelt, die notwendig gewesen wäre. Der Grund ist doch ganz klar. Der Grund sitzt ganz rechts außen in diesem Parlament. Die FDP zieht Sie am Nasenring durch die politische Arena. Erst vorgestern hat ein FDP-Vertreter im Wirtschaftsausschuss erklärt: Eine Finanztransaktionsteuer gibt es mit uns nur weltweit. – Ich möchte einmal wissen, wie lange Frau Merkel und Herr Schäuble sich das noch gefallen lassen.

(B) Sie müssen auch an dieser Stelle handeln. Das wäre wirksame Finanzmarktregulierung. Diese Regierung bringt wenig. Wir haben unsere Vorschläge vorgelegt und unterstützen auch den Antrag der Grünen, der darauf abzielt, ein Trennbankensystem einzuführen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Björn Sänger für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Björn Sänger (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die christlich-liberale Regierungskoalition legt Ihnen hier eine stolze Halbzeitbilanz in der Finanzmarktregulierung vor.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Zahlreiche Regelungen mit europaweiten und sogar weltweiten Alleinstellungsmerkmalen sind enthalten. Es ist wichtig, dass wir über dieses Thema auch einmal in der Kernzeit des Deutschen Bundestages diskutieren können, damit sich draußen nicht der falsche Eindruck verfestigt,

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo sind denn Ihre Kollegen in der Kernzeit?)

es würde in der Finanzmarktregulierung nichts getan werden. (C)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, während der frühere Bundesfinanzminister Hans Eichel, der in Fragen der Deregulierung nicht frei von Fehleinschätzungen war, gegen meine Geburtsstadt Kassel klagt, um weitere 6 000 Euro zu seinen bisher 8 000 Euro als Pension zu bekommen, hat die Regierungskoalition die Vergütungen geregelt, um unter anderem auch der Gier Einhalt zu gebieten. Wir haben die Möglichkeit geschaffen, zu Unrecht ausgezahlte Vergütungen bzw. Boni zurückzuholen. Da haben Sie sich von der SPD im Übrigen enthalten. In Ihrem Antrag sagen Sie jetzt, man müsse das regulieren. Während Herr Steinbrück auf Lesereise durch Deutschland ist oder vielleicht im Stall nach den Pferden schaut – wegen der Kavallerie –,

(Peer Steinbrück [SPD]: Das ist ja ungeheuer witzig! – Weiterer Zuruf von der SPD: Nicht einmal Ihre Witze sind lustig!)

hat diese Regierungskoalition Zug um Zug den Bereich der Verbriefungen geregelt. Auch da haben Sie sich enthalten. Die Neuregelungen für Verbriefungen – es ist schon wichtig, einmal darauf hinzuweisen – haben wir im nationalen Alleingang durchgesetzt.

(Dr. Carsten Sieling [SPD]: Sie sollten sich meine Rede noch einmal anhören!)

Hier haben wir europaweit die besten und wirksamsten Regelungen für Kreditverbriefungen geschaffen, indem wir einen Eigenanteil in Höhe von mindestens 10 Prozent festgeschrieben haben. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch mit dem Verbot von bestimmten Leerverkäufen haben wir etwas geschaffen, was in dieser Form in Europa einmalig ist. Es handelt sich um eine intelligente Lösung: Wir ermöglichen weiterhin den Intraday-Handel und erhalten damit die positiven Effekte, die es bei Leerverkäufen durchaus gibt, zum Beispiel hinsichtlich der Marktinformation und der Liquiditätsspendenden Wirkung. Zugleich haben wir aber unterbunden, dass hier spekuliert werden kann; denn für spekulative Geschäfte benötigt man mehr als einen Tag.

Darin unterscheiden wir uns von Ihnen: Wir sorgen für intelligente Lösungen bei der Finanzmarktregulierung,

(Lachen des Abg. Peer Steinbrück [SPD])

Sie möchten die Stammtische bedienen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Carsten Sieling [SPD]: Könnten Sie das noch einmal wiederholen? Das glaubt sonst keiner!)

Das kann man auch beim Banken-Restrukturierungsgesetz sehen. Herr Steinbrück hat eben gesagt, dabei handle es sich im Prinzip um ein Plagiat. In Ihrem eigenen Antrag schreiben Sie aber, es sei zu kompliziert. Nein, es ist genau richtig so, weil es die Prinzipien der

Björn Sänger

- (A) sozialen Marktwirtschaft in die Finanzindustrie und die Bankenwelt zurückbringt. Dem Gesetz wurde höchste Aufmerksamkeit zuteil, in den USA und weltweit, und es dient als Blaupause für die entsprechende Richtlinie auf EU-Ebene, die demnächst auf uns zukommt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie müssen sich jetzt entscheiden, ob es sich hierbei um ein Plagiat Ihrer Ideen handelt oder ob es zu kompliziert ist. Das wird hier nicht ganz klar.

Wir sollten bei all dem auch nicht vergessen, dass wir das Finanzsystem für die Realwirtschaft brauchen. Es besteht da ein ganz enger Zusammenhang. Die Realwirtschaft kann ohne eine funktionierende Bankenlandschaft nicht existieren. In diesem Zusammenhang muss man auch sehen, dass Banken Unternehmen sind, die Gewinne erwirtschaften wollen. Mit anderen Worten: Der Frosch muss noch genug Wasser im Sumpf haben, um quaken zu können. Wenn Sie keine Frösche mehr haben, wird ganz schnell eine Wüste entstanden sein. Das wollen wir eben nicht.

(Dr. Carsten Sieling [SPD]: Dann werden Sie ja zum Froschschützer!)

Das bedeutet nichts anderes, als dass man bei den notwendigen Eingriffen in den Finanzmarkt wie mit einem Skalpell wohlüberlegt operieren muss. Man hantiert gewissermaßen an der Schlagader der deutschen Wirtschaft. Da kann man nicht das machen, was Sie vorhaben, nämlich so eine Art Luftröhrenschnitt mit der Kettensäge.

(B) Dann entstünde sehr schnell ein Massaker. Aber da sind wir glücklicherweise vor.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Dr. Carsten Sieling [SPD]: Sie haben schon alles niedergemacht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben viel erreicht. Das kann man unserem heute vorgelegten Antrag entnehmen. Dem Antrag zu den Ratingagenturen kann man aber auch entnehmen, dass eben noch nicht alles erreicht ist

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und manches verhindert wird!)

und noch viel zu tun bleibt. Ich lade Sie ein, uns dabei zu unterstützen. Sie haben sich Dutzende Male enthalten bzw. dagegen gestimmt. Ich fordere Sie auf, sich an dieser Stelle einmal klar zu erklären.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die Fraktion der Linken spricht jetzt der Kollege Axel Troost.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag „Effektive Regulierung der Finanz-

märkte nach der Finanzkrise“ der Koalitionsfraktionen trägt schon einen verräterischen Begriff im Titel, nämlich „nach der Finanzkrise“. Welche Finanzkrise ist denn vorbei? (C)

Der ganze Antrag strotzt nur so vor selbstgefälligem Eigenlob. Er bringt absolut glaubwürdig in Form von Selbstbeweihräucherungen zum Ausdruck, dass Sie davon überzeugt sind, Sie hätten die wesentlichen Probleme angegangen und könnten mit sich und mit dem Fortgang der Ereignisse zufrieden sein. Aber wir sagen Ihnen: Das ist mitnichten so! Nein, die aus der Krise notwendigen Schlussfolgerungen sind nicht gezogen. Nein, die Krise ist nicht vorbei. Nein, es sind keine consequenten Strukturformen sichtbar.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ist – es wurde heute schon angesprochen – von dem vielzitierten Beschluss der G 20, kein Akteur und kein Instrument auf dem Finanzmarkt dürfe ohne angemessene Regulierung bleiben, übrig geblieben? Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, und auch Herr Flosbach hat es angesprochen: Von der Regulierung der Schattenbanken sind wir nach wie vor sehr weit entfernt. Wann kommt denn da was von Ihnen – nach der übernächsten Finanzmarktkrise? Und was kommt dann?

Sicher, Finanzmarktregulierung auf internationaler Ebene ist ein mühsames Geschäft. Aber die Frage ist doch: Wo sind Ihre originellen Ideen und weitreichenden Konzepte, mit denen Strukturveränderungen im Finanzsystem eingeleitet werden können? Ihr Motto lautet: Maßvoll regulieren und nicht über das Ziel hinausschießen. – Herr Sänger war da gerade wieder ein gutes Beispiel. Aber Ihr Ziel ist eben nicht eine grundlegende Veränderung des Finanzsystems. Sie wollen, dass die Banken weiterhin auf eigene Rechnung im Finanzcasino zocken dürfen, dass die inkompetenten Bewertungen privater Ratingagenturen weiterhin als Grundlage für den Umgang mit Staatsschulden dienen und dass Banken weiterhin so groß sein dürfen, dass sie bei Schief lagen von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern um jeden Preis gerettet werden müssen. (D)

Wer Angst hat, er könne den großen Finanzmarktakteuren zu starke Fesseln anlegen, der hat überhaupt nicht verstanden, was sich auf den Finanzmärkten seit Jahrzehnten tut. Großbanken sind Entfesselungskünstler. Ich habe noch von keiner Regulierung gehört, die die Banken nicht wenigstens teilweise umgangen hätten. Wie kann man da vor Überregulierung warnen?

Aus unserer Sicht hat sich im Finanzsystem nichts Grundlegendes zum Besseren verändert. Sie haben lediglich die wenigen schwachen Bremsen, die es auf den Finanzmärkten gibt, angezogen, aber mehr eben auch nicht. Zum Beispiel beim Eigenkapital: Natürlich ist es nicht falsch, wenn die Banken in Zukunft mehr eigenes Kapital vorhalten müssen, um Verluste aus riskanten Finanzmarkt wetten ohne Staatshilfe besser verkraften zu können. Aber es muss doch darum gehen, diese Wetten zu verbieten. In dieser Richtung passiert überhaupt nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Axel Troost

- (A) Wir fordern einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Finanzmarktregulierung. Dazu dient auch unser Finanz-TÜV. Statt – wie heute – auf den Finanzmärkten alles als erlaubt zu betrachten, was nicht verboten ist, müsste alles verboten sein, solange es nicht explizit erlaubt ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Straßenverkehr kann sich auch nicht jeder ein beliebiges Siebenrad mit 300 PS zusammenbauen und damit im Straßenverkehr herumfahren. Auch Arzneimittel dürfen nicht einfach so zusammengebraut und unter die Leute gebracht werden, sondern es gibt komplizierte Zulassungsverfahren. Der Finanz-TÜV wäre dafür zuständig, Finanzakteure, -instrumente und -praktiken zu prüfen und ihnen nur bei Unbedenklichkeit eine Zulassung zu erteilen. Ohne Zulassung kein Geschäft, so muss das endlich auch auf den Finanzmärkten sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Menschen nicht nur in Deutschland können es immer noch nicht glauben, dass von den verantwortlichen Großbankern kaum einer zur Rechenschaft gezogen wurde und die meisten weiterhin dicke Gehälter und Boni einstreichen. Diese Banker haben, unterstützt durch die Deregulierungspolitik der letzten Jahre, die Gesellschaft um Milliarden geschädigt und sind dabei selbst zu Millionären geworden. Wenn ich als kleiner Selbstständiger mein Geschäft so gefährlich und dilettantisch betrieben hätte, wie es die Investmentbanker in den Groß- und Landesbanken gemacht haben, dann würde ich zu Recht für den Rest meines Lebens oder mindestens für sieben Jahre bis zum Ende meiner Privatinsolvenz Schadenersatz an meine Kunden bzw. an den Staat zu zahlen haben.

(B)

Wir – und ich glaube, auch die Menschen da draußen – erwarten, dass von Ihnen politische Signale gesendet werden, dass sich die Politik nicht länger auf der Nase herumtanzen lässt und dass die Verantwortlichen in der Finanzbranche für ihre Fehler geradestehen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Jeder weiß, dass uns diese Krise Milliarden kosten wird und dass das nicht aus den bisherigen Staatseinnahmen zu finanzieren ist. Wir treten deshalb ganz entschieden für eine Vermögensteuer ein, damit diejenigen, die während der Krise profitiert haben, in die Finanzierung eingebunden werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Abschließend noch ein paar Worte zum SPD-Antrag. Vieles von dem, was dort gefordert wird, fordern wir seit langem. Vor der Finanzkrise standen diese Punkte bereits auf unserer Agenda. Wir lehnen diesen Antrag trotzdem ab, weil wir das von Ihnen geforderte Trennbankensystem in dieser Form für falsch halten. Es ist zwar völlig richtig, das spekulative Finanzmarktgeschäft der Banken vom seriösen Einlagen- und Kreditgeschäft zu trennen. Ich will dies mit Blick auf die Deutsche Bank mit folgendem Bild beschreiben: ein Turm für das normale Kredit- und Einlagengeschäft und ein Turm für das spekulative Geschäft. Wir sind aber der Meinung,

dass der zweite Turm geschlossen und nicht nur separiert werden sollte; denn wir glauben, dass das spekulative Geschäft der Banken gänzlich dichtgemacht werden muss. (C)

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Ralph Brinkhaus für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ralph Brinkhaus (CDU/CSU):

Meine Damen und Herren! Ich bin sichtlich bewegt, dass sich der „schlaueste Finanzminister aller Zeiten“ heute in die Niederungen der Tagespolitik begeben hat. Herzlich willkommen, Herr Steinbrück. So oft haben wir Sie hier noch nicht gesehen. Ich kann mir aber einige Bemerkungen zu Ihren Ausführungen nicht verkneifen.

Stichwort „schlauester Finanzminister aller Zeiten“: Es gibt Leute, die behaupten, dass Sie ein guter Finanzminister waren. Sie sind es aber nicht mehr; denn was Sie heute geboten haben, war in keiner Weise fachlich fundiert. Sie haben schlichtweg zwei Jahre verpasst. Vielleicht hätten Sie an der einen oder anderen Beratung des Finanzausschusses teilnehmen und weniger Vorträge halten sollen. Schachbretter und ähnliche Sachen waren Ihnen anscheinend wichtiger.

(Beifall bei der CDU/CSU – Iris Gleicke [SPD]: Nur kein Neid! – Dr. Carsten Sieling [SPD]: Sie waren schon besser!)

(D)

Ich muss schon sagen: Der Kurs für Ihre Vorträge ist nach dieser Rede nicht gestiegen.

Ich möchte zunächst kurz auf den Antrag der SPD eingehen. Herr Sieling, Ihr Antrag wäre in der Tat ein Fall für VroniPlag; denn Sie haben alles aufgenommen, was wir schon längst bearbeitet haben. Bei Ihnen kommt aber ein weinerlicher Unterton „Ihr strengt euch nicht genug an“ hinzu.

Ich will Ihnen einmal erläutern, was wir in den letzten zwei Jahren, also in der Nach-Steinbrück-Zeit, gemacht haben.

(Iris Gleicke [SPD]: Oh!)

Es ist nicht gut, wenn in den Finanzinstitutionen zu viele Fehler gemacht werden. Deswegen haben wir sinnvolle Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Fehleranfälligkeit von Managemententscheidungen in Finanzinstitutionen zu verringern. Wir haben die Vergütungsstrukturen und die Ratingstrukturen angepackt. Außerdem haben wir die Grenzen für Großkredite und die Verbriefungen neu geregelt. Hinzu kommt, dass wir zusammen mit unseren europäischen Partnern Basel III, was im nächsten Jahr unter dem Titel „CRD IV“ umgesetzt wird, auf den Weg gebracht haben. Das heißt, wir haben Regelungen für den Treibstoff der Banken, also für Eigenkapital und Liquidität, geschaffen.

Ralph Brinkhaus

- (A) Nichtsdestotrotz ist es so, dass Banken und Versicherungen weiterhin Fehler machen werden. Es ist auch im Sinne der Marktwirtschaft, dass Institutionen Fehler machen können. Es ist aber nicht gut, wenn die Fehlertragfähigkeit nicht groß genug ist, wenn also kleinere Fehler dazu führen, dass Institute in Schieflage geraten. Auch da haben wir Maßnahmen auf den Weg gebracht. Beispielsweise haben wir durch CRD IV, also durch Basel III, dafür gesorgt, dass durch mehr Eigenkapital und durch mehr Liquidität der Banken die Fehlertragfähigkeit vergrößert wird. Wir haben durch Umsetzung der Kapitaladäquanzrichtlinie den Eigenkapitalbegriff geschärft. Wir haben offene Immobilienfonds tragfähiger gemacht, indem wir Auszahlungsbegrenzungen eingeführt haben. Da ist also eine Menge geschehen.

Wir haben also dafür gesorgt, dass in den Institutionen weniger Fehler gemacht werden und dass die Fehlertragfähigkeit höher wird. Außerdem sind wir zu der Einsicht gelangt, dass das alles noch vernünftig beaufsichtigt werden muss. Denn was 2008 passiert ist, war auch eine Folge von Aufsichtsversagen. Warum hat die Aufsicht nicht gesehen, was bei der HRE passiert? Die Erkenntnis, die wir daraus gewonnen haben, ist: Wir müssen Aufsicht erst einmal überhaupt ermöglichen, indem wir für Transparenz in den Märkten sorgen. All das haben wir gemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Herr Schick, Sie haben behauptet, es sei nichts geschehen. Jetzt hören Sie einmal gut zu: Wir haben uns auf europäischer Ebene dafür eingesetzt, dass die OTC-Derivaterichtlinie auf den Weg gebracht wird und im nächsten Jahr umgesetzt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei der SPD)

Wir haben mit unserem Gesetz zu Leerverkäufen Transparenz geschaffen. Vor diesem Gesetz wusste doch niemand, was auf den Märkten passiert. Das ist von uns geändert worden.

(Lachen bei der SPD)

Aufsicht braucht Struktur. Wir haben aus der Tatsache gelernt, dass sich deutsche Finanzinstitute der Aufsicht dadurch entzogen haben, dass sie nach Irland gegangen sind. Wir haben daher ein europäisches Aufsichtssystem auf den Weg gebracht und haben die Defizite, die es bei der Abstimmung der europäischen Aufsichtsbehörden gab, beseitigt. Wir haben jüngst im letzten Gesetz die Strukturen in Deutschland diesem Aufsichtssystem angepasst. Das ist gut und richtig.

Wir haben noch etwas gemacht. Wir haben nämlich dafür gesorgt, dass Bereiche, die bisher nicht beaufsichtigt wurden, nun beaufsichtigt werden. Wir haben die AIFM-Richtlinie auf den Weg gebracht, und wir haben jüngst das Finanzanlagevermittlergesetz verabschiedet, mit dem wir dafür sorgen, dass Produkte und Vertriebswege, die bisher nicht beaufsichtigt wurden, nun beaufsichtigt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (C) Ich fasse zusammen: Wir haben dafür gesorgt, dass die Institute besser handeln. Wir haben dafür gesorgt, dass die Fehlertragfähigkeit höher ist. Wir haben dafür gesorgt, dass die Aufsicht besser geworden ist. Nichtsdestotrotz wird es weiterhin passieren, dass Finanzinstitute vom Markt verschwinden – und zwar unfreiwillig –, weil schwere Managementfehler gemacht worden sind. Das ist gut und richtig so; denn es ist ein essenzieller Bestandteil der Marktwirtschaft, dass Marktteilnehmer aufgrund eigener Fehler vom Markt verschwinden können. Das war aber bis dato nicht möglich – zumindest bei größeren Marktteilnehmern nicht –, weil die Schieflage eines mittelgroßen Institutes dafür gesorgt hätte, dass das ganze System kollabiert. Deswegen haben wir im Jahr 2008 die Rettungsfonds einrichten müssen.

Was haben wir daraus gelernt? Deutschland hat als eines der ersten Länder dieser Welt ein Banken-Restrukturierungsgesetz erlassen. Dieses Gesetz ist die Blaupause für sehr viele Restrukturierungsgesetze auf der ganzen Welt. Das muss man an dieser Stelle einmal sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dieses Banken-Restrukturierungsgesetz wird das Vorbild für einen europäischen Bankenrestrukturierungsmechanismus werden. Wir hatten die Ideen und haben sie auch umgesetzt.

(Peer Steinbrück [SPD]: Sie haben nicht die Ideen gehabt! – Dr. Carsten Sieling [SPD]: Das sind Plagiate à la Gutenberg!)

- (D) Wir hatten nicht nur die Idee, dass Banken vom Markt verschwinden oder in die Insolvenz gehen können, ohne dass das ganze System kollabiert, sondern wir haben auch entsprechend gehandelt. Das ist ein Meilenstein, den wir in der deutschen Rechtsgeschichte gesetzt haben und der nicht hoch genug zu bewerten ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir müssen unsere Anstrengungen natürlich noch ergänzen. Wir müssen dafür sorgen, dass diejenigen, die die Krise verursacht haben, auch an den Kosten der Krise beteiligt werden.

(Lachen bei der SPD)

Dafür haben wir die Bankenabgabe eingeführt; die wurde von Ihnen bekämpft. Wir werden auf europäischer Ebene weiter für die Finanztransaktionsteuer kämpfen. Es ist schlichtweg falsch, dass sich diese Bundesregierung nicht dafür einsetzt. Keine Bundesregierung hat im Bereich Finanztransaktionsteuer so große Anstrengungen unternommen wie die Regierung unter Bundesfinanzminister Schäuble.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das lassen wir uns von Ihnen in keiner Art und Weise plattreden.

Man muss allerdings bedenken, dass die bisher in Angriff genommenen Operationen nicht ausreichen. Es gibt noch offene Baustellen; das will ich nicht beschönigen. Eine offene Baustelle ist die Too-big-to-fail-Problematik. Im Übrigen sind auf dem G-20-Gipfel in Cannes die

Ralph Brinkhaus

- (A) ersten Maßnahmen, um die Too-big-to-fail-Problematik in Angriff zu nehmen, nicht nur diskutiert, sondern konkret für die Umsetzung vorbereitet worden.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Haben Sie schon mit Ackermann gesprochen?)

Globale, systemimmanente Finanzinstitute müssen mehr Eigenkapital haben. Entsprechende Regelungen sind bereits auf den Weg gebracht worden. Herr Schick, insofern waren Ihre Einlassungen, dass die Bundesregierung zu wenig getan habe, falsch. Sie war sogar der Treiber in diesem Prozess.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht!)

– Regen Sie sich ruhig auf, Herr Schick.

Kommen wir jetzt zu der Verhandlungsführung der Bundesregierung auf internationaler Ebene. Ja, die Bundesregierung verhandelt. Die meisten Verhandlungen, die die Bundesregierung führt, dienen dazu, unsere Sparkassen und Volksbanken im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig zu halten. Auch das sollten Sie einmal anerkennen, anstatt eine globale Beschmutzung all dessen vorzunehmen, was von dieser Bundesregierung geleistet worden ist. Ihr Verhalten ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Da wir beim internationalen Kontext sind: Wir müssen auch darüber reden, dass es einen Bereich gibt, der noch nicht reguliert ist. Das sind die Schattenbanken. Genau dieses Thema wird von der CDU/CSU und den Liberalen immer wieder angesprochen. Auf dem G-20-Gipfel in Cannes ist es von der Bundesregierung vorangetrieben worden. Das Financial Stability Board, das im Übrigen gestärkt worden ist, wird in fünf Arbeitsgruppen internationale Lösungen zu diesem Problem erarbeiten.

Sie haben immer gesagt, Deutschland müsse vorangehen. Wir sind in Deutschland vorangegangen mit dem Verbot von Leerverkäufen, mit dem Banken-Restrukturierungsgesetz und vielen anderen Maßnahmen; dabei haben wir Maßstäbe gesetzt. Das alles nutzt aber nichts, wenn es uns nicht gelingt, die Regulierungen auf internationaler Ebene annähernd anzugleichen;

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

denn alle Geschäfte, die wir in Deutschland verbieten, werden sonst im Ausland abgewickelt. Sie werden dann – das geht ganz schnell – beispielsweise in der Schweiz, an irgendwelchen Offshoreplätzen oder vielleicht auch in den USA getätigt. Die große Herausforderung besteht darin, einen möglichst breiten internationalen Konsens für entsprechende Maßnahmen herzustellen. Daran arbeitet die Bundesregierung.

Meine Damen und Herren, wir führen sämtliche Operationen im laufenden Betrieb durch. Alle Anpassungen, die von den Banken und Versicherungen vorgenommen werden müssen, werden im laufenden Geschäft erbracht. Wir wollen, dass die Finanzinstitutionen die Realwirtschaft weiterhin mit Geld versorgen und dass es möglich

ist, Geld anzulegen. Wir arbeiten praktisch wie in der Formel 1: Wir nehmen einen Reifenwechsel bei laufendem Rennen vor. Das ist eine große Herausforderung. (C)

(Dr. Carsten Sieling [SPD]: Aber die Zockerbuden laufen weiter!)

Ich wünsche mir, dass wir in diesem schwierigen Prozess mehr Unterstützung von der Finanzbranche erhalten. Das sage ich hier im Deutschen Bundestag schon seit zwei Jahren. Die Branche hilft uns bei dieser ganzen Geschichte nicht. Egal, was wir machen: Es findet sich immer irgendjemand, der sagt: Das ist aber jetzt nicht richtig für uns. – Meistens wird uns gesagt: Wenn ihr jetzt das und das macht, dann wird die Welt bzw. die Kreditversorgung oder Ähnliches zusammenbrechen.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das glauben Sie dann immer!)

– Herr Troost, das glauben wir nicht, und das glauben wir auch der Branche nicht. – Wir müssen das an dieser Stelle einmal sehr kritisch bemerken, denn das geht so nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Jetzt haben Sie uns gesagt, dass wir ein schönes Bild zeichnen. Nein, wir zeichnen kein schönes Bild; wir zeichnen ein Bild vieler kleiner Maßnahmen und Anstrengungen.

(Dr. Carsten Sieling [SPD]: Mühe allein reicht nicht!)

Denn wir haben eines erkannt – das ist die Lehre aus dieser Krise –: Die eine große Maßnahme gibt es nicht. Deswegen sind die verzweifelten Versuche der SPD nach dem Motto „Mit einer Finanztransaktionsteuer und einem Trennbankensystem wird alles gut“ (D)

(Dr. Carsten Sieling [SPD]: Das sagt doch keiner!)

im Prinzip nicht richtig;

(Peer Steinbrück [SPD]: Sie bauen doch einen Popanz auf! – Dr. Carsten Sieling [SPD]: Gucken Sie Ihre 16 Punkte an!)

das wird uns nicht weiterführen. Regulierung ist eine Aufgabe, die harte Tagesarbeit bedeutet. Sie ist ein unangenehmes Geschäft, erfordert sehr viel Detailarbeit und beinhaltet mühsame internationale Verhandlungsprozesse.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh! Wir übernehmen das gerne! – Zurufe von der SPD: Oh!)

Jetzt komme ich zum Anfang zurück. Herr Steinbrück, wir würden uns freuen, wenn Sie sich in diese Arbeit einbrächten, anstatt hier krampfhaft zu versuchen, staatstragende Reden zu halten, die dann missglücken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Peer Steinbrück [SPD]: Was?)

(A) Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP mit dem Titel „Effektive Regulierung der Finanzmärkte nach der Finanzkrise“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/7250, den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/6313 anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit der Mehrheit der Koalition angenommen.

Unter dem Zusatzpunkt 8 geht es um die Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf der Drucksache 17/7638 mit dem Titel „Ratingagenturen besser regulieren“. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Antrag ist mit Mehrheit der Koalition angenommen.

Zusatzpunkt 9. Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/7641 mit dem Titel „Neuer Anlauf zur Finanzmarktregulierung erforderlich“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(B) Zusatzpunkt 10. Hier geht es um die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Einsetzung einer Kommission des Deutschen Bundestages zur Regulierung der Großbanken“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/7665, diesen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit der Mehrheit der Stimmen der Koalition angenommen.

(C)**(D)**